blättchen

Ausgabe Nr. 277 Februar 2022

Zeitung des Bezirksvorstander



TREPTOW-KÖPENICK



Gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch präsentierten die beiden Parteivorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow den Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten Prof. Dr. Gerhard Trabert.

Für eine LINKE Transformation Sozial und klimagerecht

Wissler und Hennig-Wellsow zum politischen Jahresauftakt

Bei dem am Samstag den 15.01.22 stattgefundenen politischen Jahresauftakt der LIN-KEN stand der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Mittelpunkt.

Die Parteivorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow legten ihre Vorstellungen dazu in dem Papier "Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht" dar.

Die Parteivorsitzenden erklärten dazu: Susanne Hennig-Wellsow:

"Was jetzt vor uns liegt, weltweit und damit auch in der Bundesrepublik, ist eine gigantische Aufgabe. Ich kann nur sagen, dass der notwendige schnelle ökologische Umbau vor allem auch eine soziale Absicherung braucht. Das gilt für das ganze Land, aber es gilt im Besonderen im Osten.

Wenn Ostdeutschen von Westpolitikern etwas über "Transformation" erzählt wird, dann denkt eine ganze Generation nicht als erstes an Solardächer oder Windräder, sondern erinnert sich an die brutale soziale Entwurzelung in der Nachwendezeit. Wer also ökologisch etwas ändern will, muss soziale Sicherheit schaffen.

Die Ampel-Regierung steht nicht nur für eine halbherzige, sondern für eine halbierte Transformation. Ohne soziale Gerechtigkeit und eine Stärkung der Demokratie auch in der Wirtschaft aber werden wir die Klimaziele nicht erreichen. DIE LINKE streitet für eine soziale und ökologische Investitionsoffensive, die zugleich ein Klima-Job-Programm für

gut bezahlte und sinnvolle Arbeit ist.": lanine Wissler:

"Wir müssen die Sorgen vieler Menschen ernst nehmen, dass der Klimaschutz auf ihre Kosten gehen könnte. Wir wollen einen Umbau, der sozial und klimagerecht ist.

Der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft darf niemanden zurücklassen und muss über eine Umverteilung von oben nach unten, über höhere Steuern für Unternehmen und Millionäre, finanziert werden.

Wir wollen, dass beim Klimaschutz nicht nur der Motor ausgetauscht wird, sondern dass wir die Funktionsweise ändern. Die Energieversorgung muss dezentral sein und demokratisch kontrolliert werden - die Belegschaften und die Nutzer müssen mitentscheiden können, wie und wo wir produzieren."

Den gesamten Text von Janine Wissler



und Susanne Hennig-Wellsow finden Sie im Internet unter

https://gleft.de/4z4.

Ein Video-Mitschnitt des Politischen Jahresauftaktes 2022 ist zu finden unter https://gleft.de/4z3.

Liebe Leser:innen

Das neue Jahr bringt auch eine Veränderung für's "blättchen". Aufgrund neuer Vorgaben der Druckerei erscheint das "blättchen" künftig jeden ersten DIENSTAG im Monat (nicht mehr erster Donnerstag).

Gysi meint...

Wertebasierte Außenpolitik

Annalena Baerbock hat eine wertebasierte und deutlich hörbare Außenpolitik angekündigt. In Bezug auf Julian Assange allerdings ist von ihr nichts mehr zu hören, seit sie Außenministerin ist. Er deckte Kriegsverbrechen der USA auf und sitzt nun seit mehr als 1.000 Tagen in Isolationshaft in Großbritannien. Denn nicht die Kriegsverbrecher sollen zur Verantwortung gezogen werden, sondern er soll in den USA verurteilt werden.

Dieses Schweigen der Ministerin, nachdem sie in der Opposition noch lautstark die Freilassung von Assange forderte, führt dazu, dass Politikerinnen und Politiker immer unglaubwürdiger werden. Genau das geht nicht, wenn man eine wertebasierte Außenpolitik machen will.

Ähnlich verhält es sich mit der Politik gegenüber Russland. Auch mich stört der massive Aufmarsch an der Grenze zur Ukraine. Aber wir dürfen eins nie vergessen: Nicht die Sowjetunion hat Deutschland im Zweiten Weltkrieg überfallen, sondern Deutschland die Sowjetunion. Das kostete dieses Land 27 Millionen Opfer.

1962 sollten sowjetische Raketen unter sowjetischer Kontrolle auf Kuba aufgestellt werden. Als die Schiffe unterwegs waren, rief Kennedy Chruschtschow an und sagte, das könne er nicht zulassen. Er müsse die Schiffe beschießen, weil das die Sicherheit der USA gefährde, und dann gebe es einen dritten Weltkrieg. Daraufhin hat Chruschtschow glücklicherweise die Schiffe umdrehen

lassen. Auch heute wäre das so, wenn zum Beispiel drei souveräne Staaten, Russland, Mexiko und Kuba, vereinbarten, dass russische Soldaten auf Kuba und in Mexiko mit russischen Waffen stationiert würden. Niemals würden die USA das hinnehmen und die NATO auch nicht. Warum billigte und billigt die Bundesregierung den USA einen Sicherheitsabstand zu, aber Russland nicht? Werte müssen für alle

gelten, sonst bleibt eine sich darauf gründende Außenpolitik nicht nachvollziehbar.





Demonstration von und mit Verschwörungsgläubigen und Rechtsextremen

Solidarität statt "Querdenken"

Beschluss des Parteivorstandes vom 15. Januar (Auszug)

In der gesamten Bundesrepublik finden verharmlosend "Spaziergänge" genannte Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen statt. Ihr Hauptthema ist allerdings längst schon nicht mehr diese Kritik, sondern es kommen zunehmend rechte Tag-X-Szenarien zum Tragen und es wird sich der Rhetorik des Bürgerkriegs bedient. Die Teilnehmenden maßen sich dabei an, für "das Volk" zu sprechen, obwohl sie nur ein Teil einer Minderheit in der Bevölkerung sind. Fast überall unterlassen es die Innenminister und die ihnen unterstellten Polizeiführungen, angemessen auf Rechtsbrüche (Verweigerung der Schutzmaßnahmen) zu re-

Der Politikwissenschaftler Prof. Hajo Funke warnt angesichts dieser Entwicklung: "Wenn aber weder die Pandemie eingedämmt wird und die Exekutiven an dieser Stelle versagen, noch die Polizei angemessen reagiert und sich die Bürger weiter kaum gegen die Zumutungen der Corona-Leugner wehren, hätten wir eine sich ausweitende und eskalierende Massenbewegung mit faschistischen Elementen, die eine unmittelbare Gefahr für den Bestand der Demokratie bedeuten und zu bürgerkriegsähnlichen Ausdehnungen führen würde." Es handele sich um eine "Bewegung gegen die freiheitliche demokratische Ordnung in der prekärsten Krise seit 1949". Sein Kollege Johannes Kiess vom Leipziger Else-Frenkel-Brunswick-Institut sieht zusätzlich die Gefahr einer zunehmenden Gewaltaffinität: "Es wird Einzelne und kleine Gruppen geben, die sich in dieser derzeitigen Dynamik so weit radikalisieren, dass sie auch Anschläge planen. Einen ersten Mord gab es bereits in Idar-Oberstein, in Dresden wurde eine Gruppe identifiziert, die konkret Gewalttaten plante. Diese Gefahr von Anschlägen wird uns leider in den nächsten Monaten und Jahren begleiten. Das ist der Auftrag an die Sicherheitsbehörden, hier klare Grenzen zu ziehen."

Die sich selbst so bezeichnende "Querdenken"-Bewegung vereint politisch sehr heterogene Elemente, wobei es in der Führung der Bewegung ein Ost-West-Gefälle gibt: Im Osten liegt die Führung häufiger als im Westen bei rechten und neofaschistischen Gruppierungen, im Westen bei Esoterikern, "alternativen Lebenssreformern" und "freien Linken", wobei auch im Westen der Einfluss neofaschistischer Kräfte gewachsen ist. Zusammengehalten wird die Bewegung im Wesentlichen durch Leugnung oder Verharmlosung der Covid 19-Pandemie und der daraus begleiteten Ablehnung und Bekämpfung von Impfung und Schutzmaßnahmen. Eine einheitliche politische Ideologie hat sich bislang nicht herausgebildet. Allerdings haben bei allen Unterschieden die Organisatoren der Demonstrationen eine Abgrenzung von der Zusammenarbeit mit Kräften der radikalen Rechten abgelehnt. Damit

bietet die Coronaleugner-Bewegung der AfD und anderen Kräften der extremen Rechten ein offenes Feld, in dem sie neue Kräfte sammeln können.

Als Partei der Solidarität teilt DIE LINKE zugleich die Befürchtungen, dass die gegenwärtige Welle dieser Demonstrationen und sonstigen Aktionen der "Querdenker" zu einer realen Bedrohung für Leib und Leben von als "Feinden" markierter Menschen werden kann. Bereits jetzt ist das erste Mordopfer zu beklagen. Hass und Hetze im Internet und in den sozialen Medien sind zur Normalität geworden und werden noch immer viel zu selten juristisch verfolgt. Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung sieht DIE LINKE mit großer Freude, dass sich aus der Zivilgesellschaft heraus eine Vielzahl an kreativen, friedlichen Initiativen gebildet hat, die nachdrücklich zeigen, dass die "Querdenker" eben nicht "das Volk" repräsentieren, sondern lediglich eine lautstarke Minderheit darstellen. Es ist höchste Zeit, selbst in die Offensive zu kommen und für eine solidarische und effektive Krisenbewältigung auf die Straße zu gehen.

Der Parteivorstand der LINKEN unterstützt das Streben nach einer solidarischen und demokratischen Bewältigung der Pandemie-Krise. Er unterstützt all jene, die Aufklärung, Rationalität, Demokratie und Solidarität gegen den aktuellen Angriff von rechts verteidigen. Wir werden auf allen Ebenen mit unseren Kräften solche Initiativen unterstützen und in ihnen gleichberechtigt mitwirken. Wir fordern unsere Gliederungen und alle Mitglieder auf, sich selbst aktiv in solche Bündnisse einzubringen und mitzuwirken. Tragen wir gemeinsam dazu bei, dass sich Vernunft und Solidarität durchsetzen.

Gratis Masken für Bedürftige

Senatorin: Krisenfolgen sozial abfedern

Der Berliner Senat will zeitnah rund 1,4 Millionen FFP2-Masken kostenlos an bedürftige Menschen verteilen. Das teilte die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Mitte Januar mit. Menschen mit geringem Einkommen, Obdachlose und Geflüchtete erhalten die Masken in den Einrichtungen der Bezirke, der Wohnungslosenhilfe und des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Die Berliner Bezirksämter haben dem Krisenstab der Senatsverwaltung einen Bedarf von etwa 1 Million FFP-2-Masken gemeldet, die in Kürze über

Ausgabestellen in den Bezirken, z. B. in Bürgerämtern und sozialen Einrichtungen, verteilt werden. Anspruch haben Menschen, die einen Berlinpass besitzen, Sozialhilfe oder Grundsicherung bekommen. Auch Bafög-Empfänger und Auszubildende, die Ausbildungsbeihilfe erhalten, können kostenlose Masken bekommen.

Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Katja Kipping, betont: «Seit Beginn der Corona-Pandemie ist es mir ein besonders wichtiges Anliegen, die Folgen der Krise sozial abzufedern. Es kommt darauf an, jene Menschen zu



Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Katja Kipping (DIE LINKE)

unterstützen, die jeden Euro dreimal umdrehen müssen. Damit die FFP-2-Maskenpflicht arme Menschen nicht ausgrenzt, hat der Krisenstab der Senatssozialverwaltung vorausschauend gehandelt»

Schulen sollen selbst entscheiden

"Die Linksfraktion unterstützt die Forderungen der 11 Berliner Bezirkselternausschussvorsitzenden, die Schüler:innen sowie deren Familien besser vor Infektionen zu schützen. Dafür halten auch wir es für notwendig, dass die Schulen unkompliziert selbst zusammen mit Schüler:innen und Eltern über die Anwendung flexibler Unterrichtsmodelle, wie zum Beispiel des Wechselunterrichts entscheiden können.

Wir erneuern unseren Vorschlag, zumindest die Präsenzpflicht auszusetzen, damit Schüler:innen, die selbst oder deren Familienangehörige Vorerkrankungen haben, die Möglichkeit haben, von zu Hause aus zu lernen."

■ Carsten Schatz, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus



Aus Rathaus PTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 277 Februar 2022 **Fraktion DIE LINKE** in der BVV Treptow-Köpenick

"Demokratie heißt Solidarität nicht Egoismus"

Gedenkkundgebung zur Erinnerung an die Corona-Toten

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick hatte am Montag, dem 10.01.22, zu einer Gedenk-Kundgebung in den Luisenhain am Rathaus Köpenick eingeladen. Damit wurde an die Menschen erinnert, die seit März 2020 in Treptow-Köpenick an bzw. mit Covid 19 gestorben sind. Für jeden dieser Menschen war eine Kerze angezündet worden. Viele Menschen, mehr als erwartet - wie Bürgermeister O. Igel (Schirmherr dieser Veranstaltung) beeindruckt feststellte, nahmen an diesem Gedenken teil. Es war ein deutliches, öffentlichkeitswirksamen Zeichen gegen die "Montags-Spaziergänge" der Gegnerinnen der Corona-Schutzmaßnahmen, die schon seit Beginn der Pandemie Verschwörungserzählungen und Fake-News auf die Straße tragen.

"Nur eine kleine Minderheit trägt schon seit Beginn der Pandemie Verschwörungserzählungen und Fake-News auf die Straße. Wir möchten mit unserer Kundgebung die große Mehrheit die sich solidarisch verhält, sichtbar machen und zugleich an die Menschen erinnern, die während der Pandemie gestorben sind und die in vielen Familien und Freundeskreisen heute so sehr fehlen", betonte Bündnissprecher Lars Düsterhöft. Karin Kant, ebenfalls Spre-

cherin des Bündnisses, ergänzte: "Es ist wichtig ein Zeichen gegen die ,Corona-Spaziergänge' zu setzen. Wir sind Mehr! Wir setzen auf Solidarität statt auf Egoismus! Das Bündnis für Demokratie und Toleranz stellt sich gegen jede Form von Diskriminierung, auch gegen den Antisemitismus, der in vielen Verschwörungserzählungen immer wieder sichtbar wird."



NS-Zwangsarbeit vor unserer Haustür

Digitale Veranstaltung zu Adlershof und Baumschulenweg

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit widmet sich in diesem Jahr dem Thema NS-Zwangsarbeit in allen zwölf Berliner Bezirken. Von Januar bis Dezember 2022 finden dazu in Kooperation mit den Berliner Regionalmuseen zwölf Veranstaltungen statt.

In einer der "digitalen" Veranstaltungen, am Donnerstag, 17.02.2022 um 18 Uhr, geht es um die Geschichte ehemaliger Zwangsarbeiterlager in den Ortsteilen Adlershof und Baumschulenweg im Bezirk Treptow-Köpenick. Zunächst wird das am 19. September 2021 eröffnete Projekt "Audiorundgang zu NS-Zwangsarbeit in Adlershof" vorgestellt, das in einer Kooperation der Museen Treptow-Köpenick mit dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit entstand. Kurator, Historiker und Politikwissenschaftler Thomas Irmer spricht über die ehemaligen Zwangsarbeiterlager und Einsatzorte in Adlershof und gibt Einblicke in die Unternehmensgeschichte von Firmen, die erheblich von der Ausbeutung profitierten. Anschlie-Bend stellt das Projektteam die Arbeit an dem "Audiorundgang in Adlershof" im Rahmen einer Gesprächsrunde vor. Der anschließende Impulsvortrag von Andreas Freiberg ist der Sichtbarkeit der NS-Zwangsarbeit in Baumschulenweg gewidmet. Freiberg ist Ortschronist und Lokalhistoriker und betreibt seit vielen Jahren intensive Forschungen zu Baumschulenweg im Nationalsozialismus. Er ist Initiator von insgesamt 18 Stolpersteinen in Baumschulenweg, wobei er durch seine Recherchen in Archiven und auf Friedhöfen unzählige Spuren jüdischen Lebens erforschte. Er engagiert

sich zudem für die Sichtbarmachung der NS-Zwangsarbeit im öffentlichen Raum und hat eine eigene Fahrradtour zu ehemaligen Lagerstandorten in Baumschulenweg entwickelt. Derzeit entsteht durch seine Initiative eine Gedenktafel in Kooperation mit dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Sie soll an der Köpenicker Landstraße 276 aufgestellt werden und auf einen Lagerstandort sowie drei weitere Lager im Umkreis verweisen.

Pandemiebedingt findet die Veranstaltung über das Videokonferenz-Programm "Zoom" statt. Der Zugang ist über den Browser möglich, es wird hierfür kein Programm benötigt. Zugang zur digitalen Veranstaltung über diesen Link: https:// gleft.de/4zk



25 Jahre **Sozialstiftung**

Die gemeinnützige Sozialstiftung Köpenick wurde am 1. November 1997 durch das Land Berlin, vertreten durch das Bezirksamt Köpenick, gegründet. Sie feiert also 2022 ihr 25-jähriges Jubiläum. Der Stiftung wurde der Betrieb der ehemals kommunalen drei Seniorenheime in Friedrichshagen sowie der Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung in der Mentzelstraße und der Ahornallee in Spindlersfeld anvertraut. Die Seniorenheime wurden im Seniorenzentrum Köpenick zusammengefasst und von 2001 bis 2005 umfassend saniert. Heute werden dort 390 Bewohnende stationär versorgt. In den acht Einrichtungen engagieren sich ca. 480 Sozialstifterinnen und -stifter und setzen die Stiftungsidee um, für Menschen da zu sein, die Pflege, Betreuung, Unterstützung und Begleitung benötigen.





Baustelle Erweiterung A 100

die Anwohner:innen der A100 konnte DIE LINKE in den Koalitionsverhandlungen im Land durchsetzen. "Bettina Jarasch als zuständige Senatorin der Grünen auf Landesebene ist nun gefordert den Schallschutz umzusetzen, dabei darf sie sich nicht hinter dem Bund als Betreiber der Autobahn verstecken!" so Katalin Gennburg weiter. Für uns als DIE LINKE in Treptow Nord bleibt klar, dass der Stopp der Bau der A100 der einzig richtige Schritt ist. Die für die Autobahn benötigte Fläche könnte dann für Wohnungsbau, die so benötigte Infrastruktur in Form von Kitas und Schulen oder einfach für grüne Erholungsflächen genutzt werden. Tausend Mal sinnvoller, als den teuersten Stauraum mit mehr als 200.000 Euro pro Meter Autobahn zu bauen.

Fabian Wisotzky

Kein Dauerstau am Treptower Park

"Die A100 muss reguliert werden!"



Die kurzfristige Sperrung der Elsenbrücke im Dezember hat eindrücklich allen Anwohner:-

innen vor Augen geführt, was mit dem Bau der A100 bis zum Treptower Park zu erwarten ist. Der metaphorische Verkehrsinfarkt hatte Alt-Treptow erwischt, die Auswirkungen waren aber auch in Plänterwald und Baumschulenweg zu spüren. Buslinien wurden verkürzt und die Busse, die fuhren, kamen unregelmäßig. Das ist besonders dramatisch bei den vielen Wohnvierteln in den drei Ortsteilen, die nur mit einer Buslinie im 20-Minuten Takt erschlossen sind.

Mit dem Abschluss der A100 wird voraussichtlich ab Ende 2024 dieser kurzzeitige Ausnahmezustand zum Dauerzustand. Der von der Autobahn sich in den Kiez ergießende Autoverkehr wird die Straßen verstopfen, Stau ist vorpro-

grammiert. Deshalb gilt es bereits jetzt Maßnahmen zu ergreifen, wie dieses Szenario verhindert werden kann und stattdessen das Fließen des Umweltverbunds sichergestellt werden kann. Insbesondere in den drei Ortsteilen Alt-Treptow, Plänterwald und Baumschulenweg sind die Buslinien die Basis des Öffentlichen Personennahverkehrs, sei es um den Weg zum nächsten Supermarkt oder zum Arzt zurückzulegen oder als Verbindung zu den S-Bahnstationen, um weiter in die Stadt oder in andere Ortsteile zu fahren. Gerade für Bewohner:innen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, ist der Weg zur S-Bahn mit teilweise gut einem Kilometer viel zu weit und sie sind auf den Bus angewiesen. Sowohl das Land als auch der Bezirk sind deshalb gefordert, eine Lösung zu finden, dass die Eröffnung der A100 nicht zu Lasten der Menschen im Treptower Norden geht.

Der Vorschlag von der grünen Stadträtin für Verkehr, Claudia Leistner, eine Pförtnerampel am Ende der A100 zu errichten, die nur so viele Autos von der Autobahn abfahren lässt, dass die Umgebung nicht zugestaut wird, kommentiert Katalin Gennburg, Abgeordnete der LINKEN aus dem Treptower Norden: "Damit würde zwar der Autoverkehr von der Autobahn beschränkt, aber der Verkehr zur Autobahn würde unsere Kieze trotzdem verstopfen und den Busverkehr ausbremsen. Das können wir nicht akzeptieren, deshalb darf die A100 nicht vor dem Neubau der Elsenbrücke eröffnet werden!"

Die dauerhafte Lärmbelastung würde auch viele ruhige Oasen in unseren Kiezen vernichten. Den Lärmschutz für

fonds erhalten Die finanzielle Ausstattung des bezirk-

Bezirklichen

Integrations-

lichen Integrationsfonds ist mittelfristig nicht mehr gesichert. Mit den Mitteln wird aber die wichtige Unterstützung für Menschen finanziert, die vor Krieg, Verfolgung, Hunger oder sonstigen bedrohlichen Zuständen geflohen sind. Niedrigschwellige Angebote sollen Geflüchtete in Alltagsfragen unterstützen, ihnen leichten Zugang zu Strukturen bieten und beim Leben in Berlin unterstützen. Dazu gehören etwa Begleitungen bei Ämtergängen und das Vermitteln von Wohnungen.

Interfraktionell, gemeinsam mit SPD und B90/Grüne hat die Fraktion DIE LINKE jetzt in einem Antrag an die BVV das Bezirksamt aufgefordert, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass der bezirkliche Integrationsfonds über das Jahr 2022 hinaus in der derzeitigen Höhe von insgesamt 9,2 Mio. Euro erhalten bleibt. Damit sollen die bezirklichen Angebote gesichert und die weiterhin erforderliche Unterstützung von Menschen mit Fluchtgeschichte gewährleistet werden, um so deren gesellschaftliche Teilhabe abzusichern.

Dazu erklärt Monika Belz, Antragstellerin aus der Fraktion DIE LINKE: "Auch wenn Berlin angesichts der Corona-Pandemie wieder weniger Finanzen zur Verfügung hat, darf das nicht zulasten derjenigen gehen, die ohnehin schon stark benachteiligt sind. Der Integrationsfonds ist wichtig, um die Menschen mit Fluchterfahrungen nachhaltig in die Stadtgesellschaft einzubinden und an unserem Leben teilhaben zu lassen."

Entgeltfreies WLAN in öffentlichen Einrichtungen

Free Wifi Berlin soll fortgeführt werden

Die Wlan-Hotspots des städtischen Netzes "Free Wifi Berlin" wurden zum Jahresende abgeschaltet. Wie im Abgeordnetenhaus mitgeteilt, wurde das fünfjährige Modellprojekt mit rund 2.000 WLAN-Hotspots an 500 Standorten zum Jahresende 2021 zunächst beendet. Davon ist auch Treptow-Köpenick massiv betroffen. Insbesondere in Rathäusern und Kiezklubs fällt jetzt der barrierearme Zugang ins Internet, der sich großer

Beliebtheit erfreute, weg und stellt Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Beschäftigten vor Herausforderungen. Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Trep-

tow-Köpenick hat nun in einem Antrag gefordert, das Bezirksamt möge den Senat bei seinen Bemühungen unterstützen, eine zügige, gegebenenfalls auch temporäre pragmatische Lösung für eine Fortführung des entgeltfreien WLAN-Angebots in öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen und schrittweise um

weitere Einrichtungen zu erweitern. Dazu erklärt Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE: "Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Projekt ohne direkte Anschlussverwendung ausgelaufen ist. Zwei Jahre Pandemie haben auch deutlich gezeigt, wie dringend leichter und öffentlicher Internetzugang benötigt wird. Das kostenlose WLAN in öffentlichen Einrichtungen muss so schnell wie möglich wieder zurückkommen, notfalls auch mit vorübergehenden und pragmatischen Lösungen. Die Fraktion in der BVV stellt etwa schon einen frei zugänglichen WLAN-Zugang per Freifunk zur Verfügung. Au-Berdem muss das kostenlose öffentliche WLAN in Zukunft auch an immer mehr Orten zur Verfügung stehen."



Bürgerinitiativen wehren sich gegen die Bebauung von grünen Innenhöfen

Nachverdichtung durch Wohnungsbau

Betroffene Anwohner:innen bei Planungen beteiligen

Auch nach den Wahlen, in der neuen Wahlperiode, wird sich die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick mit Nachverdichtungen durch Wohnungsbau befassen müssen. Bürgerinitiativen wie im

Kietzer Feld, in Spindlersfeld, in Oberspree oder in Plänterwald setzen sich gegen die zum Teil massive Bebauung von grünen Innenhöfen oder grünen Flächen sowie die Rettung von Bäumen und Sträuchern ein. Von Senat, Bezirks-

sich im vorliegenden Fall um einen

amt und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften fordern sie - im Sinne einer Bürger:innenbeteiligung – eine Einbeziehung zu den jeweiligen Planungen zum Wohnungsbau ein.

Der rot-rot-grüne Senat hatte bereits 2019 mit dem Stadtentwicklungsplan (SteP) Wohnen 2030 beschlossen, dass innerhalb von 10 Jahren 200.000 Wohnungen gebaut werden sollen. Dieses Ziel wurde in der aktuellen Koalitionsvereinbarung bekräftigt. Unbestritten ist, Berlin braucht mehr bezahlbare Wohnungen, gerade für Haushalte mit

geringem Einkommen. Aber mit dem angestrebten Bau von jährlich 20.000 Wohnungen entstehen neue Konflikte, weitere Verdichtungen durch Wohnungsbau sind abzusehen. Und welche Folgen hat der geplante Wohnungsbau für die soziale, grüne und technische Infrastruktur, wie Kita- und Schulplätze, die ärztliche Versorgung, für wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, für Kultur und Freizeit sowie den Verkehr, insbesondere für den ÖPNV?

Auf der bezirklichen Ebene wurden mit der Kooperationsvereinbarung von SPD, LINKE und Grüne über eine Zusammenarbeit in der Bezirksverordnetenversammlung diese Fragestellungen und Probleme aufgegriffen. Zukünftig sollen bei Bauvorhaben die soziale, verkehrliche und grüne Infrastruktur mitentwickelt werden. Die Nachverdichtungen bestehender Wohnquartiere sollen möglichst vermieden werden und gegebenenfalls behutsam unter Erhalt von möglichst viel Grün und unter Berücksichtigung der ursprünglichen Siedlungskonzepte erfolgen. Im Sinne einer bürger:innennahen Stadtentwicklungspolitik sollen von Nachverdichtungen betroffene Anwohner:innen an den jeweiligen Verfahren beteiligt werden. Auch in diesem Sinne wollen die Kooperationspartner die vermehrte Erstellung von Bebauungsplänen anstreben.

Uwe Doering

Wohnungsleerstand in der Krüllstraße

Probleme mit Zweckentfremdungsverbotsgesetz

In der Krüllstraße 12 stehen seit sechs Jahren 17 Wohnungen leer. Nach dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz sind Eigentümer:innen verpflichtet, Wohnungsleerstand umgehend zu beseitigen und leer stehende Wohnungen wieder zu vermieten. DIE LINKE hatte deshalb im Mai 2021 den Antrag gestellt, Zweckentfremdungen schnell und wirksam zu verfolgen. Im vorliegenden Schlussbericht führt das Bezirksamt für den Fall der Krüllstraße 12 diverse Gründe für den jahrelangen Zeitverzug an. Unter anderem sollen fehlerhafte Unterlagen eingereicht worden sein. Nun sollen spätestens ab Juni 2024 die Wohnungen wieder für Mieter:innen zur Verfügung stehen. Nach Aussage des Sozialbündnis Alt-Treptow sind das acht lahre nach den ersten Meldungen über den Leerstand an das Bezirksamt.

Dazu erklärt Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE: "In dem angespannten Wohnungsmarkt sind acht Jahre viel zu lang. Es handelt stadtbekannten professionellen Hauseigentümer, der wissen sollte wie etwa gültige Bauunterlagen einzureichen sind. Der Verdacht liegt nahe, dass hier absichtlich auf Verzögerungen gesetzt wurde, um mit dem Leerstand zu spekulieren. Der Fall zeigt exemplarisch die Probleme mit dem Zweckentfrem-

dungsverbotsgesetz. Wir wollen das Amt in die Lage versetzen, in solchen Fällen schneller und konsequenter einzuschreiten, damit es künftig nicht zu so langem Leerstand kommt. Deshalb fordere ich eine bessere Personalausstattung der Fachabteilung Zweckentfremdung.



Seit sechs Jahren stehen die Wohnungen in der Krüllstraße 12 leer



Gedenken an Marina Borkenhagen in der Dezember-BVV wenige Tage nach ihrem Tod.

Engagement in Umweltund Sozialpolitik

Fraktion und Partei trauern um Bezirkspolitikerin

Nachdem sie ihrer schweren Krankheit noch Jahre abgerungen hatte, ist die langjährige Bezirkspolitikerin und Mitarbeiterin der Fraktion, Marina Borkenhagen, in der Nacht zum 14. Dezember einem Krebsleiden erlegen. Sie wurde 63 Jahre alt.

Marina Borkenhagen war von 2001 bis zu den Wahlen 2021 Bezirksverordnete in Treptow-Köpenick.

Von 2006 bis 2021 war sie Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschuss, zuletzt stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses und dessen Vertreterin im Kleingartenbeirat. Außerdem gehörte sie dem Vorstand der Fraktion und dem Vorstand des Bezirksverbandes DIE LINKE Treptow-Köpenick an. Sie hat sich jahrzehntelang ehrenamtlich für Treptow-Köpenick und die Belange der Fraktion eingesetzt. Projekte wie etwa die Lokale Agenda hat sie maßgeblich mitgestaltet. Der Erhalt von Kleingärten, Natur und Umwelt sowie der Schutz von Grünanlagen war ihr ein großes Anliegen. Als Leiterin der Beteiligungsrunden zur Steganlagenkonzeption konnte sie in Kompromissen entscheidende Verbesserungen für die Sportvereine erreichen.

Marina Borkenhagen hat als Mitarbeiterin die Fraktion bis zum Schluss ununterbrochen unterstützt und dabei leidenschaftlich und beharrlich ihre Arbeit geleistet.

Dazu erklärt Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE: "Wir verlieren mit Marina Borkenhagen eine geschätzte Kollegin und Freundin. Wir werden ihr Engagement in der Umwelt- und Sozialpolitik und ihre unermüdliche Hilfsbereitschaft schmerzhaft vermissen. Ich bin dankbar für ihren Beitrag in der Kommunalpolitik."

turen und Rahmenbedingungen für

Kunst und Kultur im Bezirk zu erhalten

Werner Laube, Vorsitzender des Kunstvereins Treptow e.V., bedankte sich

ausdrücklich bei seinem polnischen Kol-

legen Blażej Kaczmarek, der bereits seit

über 30 Jahren das Pleinair Słońsk orga-

nisiert und an dem die Malerinnen und

Maler aus unserem Bezirk seit 15 lah-

Bei gemeinsamer Arbeit entdecken sie

die Schönheit des Warthebruchs immer

wieder aufs Neue. Neben zahlreichen

Bildern sind dabei jahrelange persön-

liche Freundschaften, aber auch neue

Kontakte zu Kunstschaffenden aus dem Nachbarland entstanden. Bei Sommer-

hitze, Herbststimmung und sogar bei

Hochwasser sind wunderbare, liebevolle Bilder entstanden, aus denen 49

Arbeiten von 25 polnischen und deutschen Künstlerinnen und Künstlern für

diese Ausstellung ausgewählt wurden.

Dass ein Teil der Kunstschaffenden ihre

künstlerische Arbeit nicht berufsmäßig

betreibt, tut der hohen Professionalität

des Gezeigten keinen Abbruch, sondern

spricht im Gegenteil nur für die ausge-

zeichnete Arbeit, die auch im Kunstver-

ein Treptow e.V. geleistet wird.

ren gern gesehene Gäste sind.

und zu stärken.



Lina und Noah

Unter den 1.426 Geburten, die im letz-

ten Jahr vom Standesamt Treptow-Kö-

penick beurkundet wurden, sind wieder

zahlreiche bekannte, aber auch neue

Vornamen zu finden. Bis an die Spitze

der beliebtesten Vornamen in Treptow-

Köpenick schaffte es bei den Mädchen

"Lina" und bei den Jungen "Noah". Das

überrascht insofern, als beide Namen

im Vorjahr nicht einmal unter den Top 3

auf Platz 1



zu finden waren.

Nicht? Dann schnell hier abonnieren und die neusten Informationen aus der BVV-Fraktion

Bürgersprechstunde

Stellv. Bezirksbürgermeisterin 10-11.30 Uhr (telefonisch)

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

www.linksfraktion-tk.de







und Leiterin der Abteilung Soziales, Arbeit und Teilhabe, Carolin Weingart Donnerstag, 17. Februar 2022 von Anmeldung unter: (030) 90297-5988

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin Tel. (030) 533 76 07 mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

15.00 - 18.00 Uhr Mo, Mi, Do 12.00 – 17.00 Uhr Dienstag 10.00 - 13.00 Uhr Freitag Sprechzeiten nach Voranmeldung





IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick Monatszeitschrift der Fraktion

DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick Redaktion: Karl Forster (verantwortlich). Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick, Redaktion Aus dem Rathaus. Neue Krugallee 4, 12435 Berlin Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzunge von Artikeln und Leserbriefen vor. Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Januar 2022 Die nächste Ausgabe "Aus dem Rathaus" erscheint am Dienstag. 1. März 22 Redaktionsschluss dafür: Di 15.2.22



Bilder deutscher und polnischer Künstler im Ratz-Fatz.

Kunstpleinair im polnischen Słońsk

15 Jahre Teilnahme von Treptower Künstlern

Seit 15 Jahren treffen sich Malerinnen und Maler vom Kunstverein Treptow in Słońsk, dem ehemaligen Sonnenburg, mit polnischen Künstlerinnen und Künst-Iern aus Gorzów, Witnica und anderen Orten zum Landschaftspleinair. Ergebnisse dieser künstlerischen Zusammenarbeit sind seit dem 15. Januar im Kulturzentrum Schöneweide Ratz-Fatz zu sehen.

Bernhard Buley vom Ratz-Fatz betonte in seiner engagierten Eröffnungsrede besonders die Tatsache, dass es gelungen ist, diese erfolgreiche Zusammenarbeit auch über die schwierigen Zeiten

der Pandemie hinweg lebendig zu halten, wogegen leider viele andere Projekte in Kunst und Kultur diese Zeit nur unter großen Verlusten oder gar nicht überstanden haben: "Wir brauchen die Kunst, wir brauchen Kultur und deshalb ist diese Ausstellung so wichtig!"

"Ich stimme dieser Auffassung vorbehaltlos zu" bekräftigte Peter Groos, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, ebenfalls Gast der Vernissage. Er sei überzeugt davon, dass auch die Arbeit der BVV darauf gerichtet sein wird, alles in ihrer Möglichkeit stehende zu tun, um Struk-

Die Ausstellung im Ratz-Fatz in der Schnellerstraße 81, ist bis zum bis 21. Februar 2021 zu den Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10.00 bis 18.00 Uhr sowie zu den Veranstaltungen zu sehen.

Edith Karge

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin Tel. 6432 9776, Fax 6432 9792 bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 - 16.00 Uhr Donnerstag 10.00 - 16.00 Uhr Geschäftsstelle pandemiebedingt für den Publikumsverkehr nur telefonisch und per Mail erreichbar

Kassenzeiten:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag) jeweils 13.00-15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin Tel. 40743638, Fax 40743639 kontakt@fuchs-stefanie.de

Kontaktzeiten: (nur telefonisch)

10.00 - 14.00 Uhr Montag 16.00 - 19.00 Uhr Donnerstag 10.00 - 13.00 Uhr Freitag

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin Tel. (030) 80 93 27 58

buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 - 17.00 Uhr 10.00 - 17.00 Uhr Mittwoch Sprechzeiten vor Ort: um vorherige Anmeldung wird gebeten

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin Tel. 65940 800, Fax 65940 801 buergerbuero@carsten-schatz.de

Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Do 11.00 - 15.00 Uhr 10.00-14.00 Uhr Dienstag 14.00-18.00 Uhr Freitag

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58 gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 - 16.30 Uhr

Kassenzeiten:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag) jeweils 13.00 - 15.45 Uhr

v.dielinke-treptow-koepenick.de









IMPRESSUM blättchen.Treptow-Köpenick Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei

DIE LINKE, Treptow-Köpenick Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köper blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin. Email: redaktion@dielinke-treptow Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor. Satz: www.karenaugust.de Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin Ausgabe: 18. Januar 2022 Erscheinungstag blättchen 278: Di. 1. März 22 Redaktionsschluss dafür: Di 15.2.22

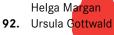
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanzieri

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag

70. Rolf Rudolph

80. Marianne Braumann, Ingrid Koppen Francois Melis Jutta Schmidt Wolfgang Tautenhahn

90. Edith Lünser



93. Jens-Peter Dierichs Rosa Tietz Rudolf Zecher

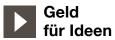
96. Johanna Weniger



Vor 103 Jahren, am 15. Januar 1919, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Freikorps-Soldaten erschossen. Die LINKE rief auch in diesem Jahr dazu auf, am Sonntag, 9. Januar, auf dem Berliner Zentralfriedhof in Berlin-Lichtenberg der Ermordeten zu gedenken. Die Bundesvorsitzenden der Partei, Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler, nahmen an dem stillen Gedenken an die beiden Kommunistenführer ebenso teil wie Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler. Für die Berliner Partei kamen unter anderem die Landesvorsitzende Katina Schubert, die Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus Anne Helm und Carsten Schatz sowie Kultursenator Klaus Lederer, aber auch einige Hundert weitere Bürger:innen.

Jüdische Aktivistinnen

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Von der Geschichte zur Gegenwart - Orte der historischen und politischen Bildungsarbeit in Treptow-Köpenick" führt das Projekt aras* am Sonntag, 6. März um 15 Uhr im Rathaus Treptow eine Veranstaltung unter die Titel "Jüdische Aktivistinnen damals und heute". Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Die Veranstalter wollen diesen Tag zum Anlass nehmen, um mit jüdischen Frauen über ihr Engagement zu sprechen: Was bedeutet es in der jüngeren Geschichte bis heute sich als jüdische Frau für (frauen-) politische, und soziale Belange zu engagieren? Welchen Zuschreibungen und Mehrfach-Diskriminierungen sind Frauen, die (offen) jüdisch leben, ausgesetzt? Es wird mit drei Frauen verschiedener Generationen und Hintergründe über ihren Aktivismus, ihren Glauben und über Feminismus gesprochen.



Partizipation und Nachhaltigkeit sind wesentliche Säulen des im November gestarteten Projektes im Rahmen des Programms "Maßnahmen zum nationalen Klimaschutz", das durch das Bundesumweltministerium für drei Jahre gefördert wird. 30.000 Euro stehen dabei für nachhaltige Kiezprojekte in Alt-Treptow zur Verfügung. Pro Idee stehen bis zu 3.000 Euro zur Verfügung. Eine unabhängige Jury entscheidet nach einem Punktesystem über die eingegangenen Vorschläge. Einreichungen sind möglich von Personen und Institutionen, die in Alt-Treptow leben und/oder aktiv sind. wie Vereine, Kitas, Schulklassen, Privatpersonen oder Hausgemeinschaften. Details und Antragsformular im Internet unter https://gleft.de/4zE.

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde findet am Dienstag, 22. Februar von 12-18 Uhr im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin, statt. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg, MdA

Wegen der aktuellen Situation keine persönlichen Sprechstunden. Stattdessen findet jeweils

Freitags von 15-16 Uhr eine

Telefonsprechstunde statt: 030 - 8093 2758

Stefanie Fuchs, MdA

Mein Bürgerbüro ist aufgrund der aktuellen Corona-Entwicklung für den Publikumsverkehr geschlossen. Meine Mitarbeiter:innen und ich sind trotzdem weiter für Sie erreichbar!

Carsten Schatz

Sprechstunden per Video sind nach Vereinbarung möglich. Anmeldung telefonisch oder per E-Mail unter: 030 - 65 94 08 00 buergerbuero@carsten-schatz.de

Das blättchen ist nicht umsonst

Das blättchen ist seit fast 20 Jahren die Zeitung des Bezirksverbands DIE LINKE Treptow-Köpenick. Hier informieren wir über das Geschehen im Bezirk, über unsere Politik. Dabei ist das blättchen mehr als nur Mitteilungsblatt der Partei. DIE LINKE erhält als einzige im Bundestag vertretene Partei keine Spenden von Unternehmen. Wenn Sie dieses Angebot schätzen und unterstützen möchten, helfen Sie mit einer Spende, es aufrecht zu erhalten: IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03 BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG Verwendungszweck: 502-810, sowie Name. Vorname und Anschrift angeben

Hauptmann-Ausstellung zieht in Musikschule

Sanierungsarbeiten im Rathaus

Noch bis zum 13.02.2022 ist die beliebte Ausstellung "Vom Sträfling zur Legende" über den Hauptmann von Köpenick am Originalschauplatz, dem historischen Kassenraum des Rathauses Köpenick, zu sehen. Danach zieht die Ausstellung aufgrund notwendiger Sanierungsarbeiten im Rathaus, die voraussichtlich bis Ende 2024 dauern, vorübergehend in das Erdgeschoss der Joseph-Schmidt-Musikschule in der Freiheit 15, 12555

Berlin-Köpenick.

Zur Wiedereröffnung der Ausstellung findet am 3.3.2022 um 19 Uhr der Vortrag "Mit Wilhelm Voigt gegen den Nationalsozialismus – Zu Carl Zuckmayers Hauptmann von Köpenick" statt. Referent ist der Literaturwissenschaftler Dr. Tilman Venzl von der Universität Bielefeld. Er ist Autor zahlreicher Monografien und Aufsätze wie beispielsweise "Was ist antimilitaristische Literatur? Das Beispiel Der Hauptmann von Köpenick, mit einem unbekannten Kommentar Carl Zuckmayers." In dem Vortrag

untersucht Dr. Venzl das Bühnenstück "Der Hauptmann von Köpenick" in Hinblick auf Zuckmayers Haltung dem Preußischen Militarismus gegenüber und kommt dabei zu teils überraschenden Ergebnissen. Mit dieser Veranstaltung der Museen Treptow-Köpenick wird auch an den 100. Todestag von Wilhelm Voigt am 3. Januar 2022 erinnert

Pandemiebedingt findet der Vortag als Hybridveranstaltung statt. Es stehen einige begrenzte Sitzplätze in der Aula der Musikschule, dem Manfred-Schmitz-Saal, zur Verfügung. Um eine Anmeldung wird unter museum@ba-tk.berlin.de gebeten. Gleichzeitig sind alle Interessierten herzlich eingeladen, über einen Videokonferenz-Link (WebEx) teilzunehmen. Der Zugang ist über den Browser möglich, es wird hierfür kein Programm benötigt. Für einen störungsfreien Ablauf bitten wir Sie, die Übertragung Ihres Ton- und Videosignals zu deaktivieren.

1906 wurde die damals selbständige





Außen wacht die Broncefigur des Hauptmanns, der Tresor- und Ausstellungsraum innen wird wegen der Sanierung geschlossen.

Stadt Cöpenick mit einem Mal weltberühmt. In der Uniform eines Hauptmanns verhaftete der Schuster Wilhelm Voigt den Bürgermeister Georg Langerhans und beschlagnahmte die Stadtkasse. Zehn Tage nach seiner Tat wurde er festgenommen und zu vier Jahren Haft verurteilt. Bereits 1908 konnte er aufgrund einer Begnadigung vorzeitig

das Gefängnis verlassen. Die sogenannte "Köpenickiade" machte Wilhelm Voigt zu einem "Medienstar" seiner Zeit. Unter den Vorzeichen der erstarkenden Nationalsozialisten nahm Carl Zuckmayer den Stoff auf und veröffentlichte 1931 das Theaterstück "Der Hauptmann von Köpenick".

Gedenken

Am bundesweiten Tag des Gedenkens an die Opfer des Nazionalsozialismus, dem 27. Januar 2022, lud die Pfarrei St. Josef Treptow-Köpenick zu einem Gebetsgedenken auf dem Friedhof Altglienicke an die im vergangenen Jahr eingeweihte Erinnerungswand ein.

Auf dem Friedhof wurden 1.360 Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen, zunächst ohne Nennung der Namen, beigesetzt. Bei diesen Toten handelte es sich überwiegend um Opfer aus verschiedenen Konzentrationslagern und

Tötungsanstalten. Die VVN-BdA Köpenick lud zum stillen Gedenken um Kränze und Blumen am Mahnmal für die Opfer der Köpenicker Blutwoche ("Faust") auf dem Platz des 23. April sowie an der Gedenktafel für die von den Nazis zerstörte Köpenicker Synagoge (Freiheit 8) niederzulegen. Der BdA Treptow lud zu einem antifaschistischen Gedenkspaziergang. Dabei wurden Häuser besucht, vor denen bereits Stolpersteine verlegt wurden bzw. in denen Verfolgte gelebt haben, deren Schicksal wir erforschen und für die wir Stolpersteine in den nächsten Jahren verlegen wollen.



Gedenkstätte für die 1370 Opfer in einem Massengrab

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++



Mo 07.2. | 18 Uhr Basistreffen DIE LIN-KE Treptow-Köpenick per Videokonferenz

Sa 12.2. 10 Uhr Hauptversammlung DIE LINKE Treptow-Köpenick per Videokonferenz

Mo 14.2. 14 Uhr AG Senioren per Videokonferenz Jahresauftakt mit Wahlauswertung, Schwerpunkten 2022 und Wahl der Seniorenvertretung, Gesprächspartnerin: Carolin Weingart (stellvertretende Bezirksbürgermeisterin), Gäste herzlich willkommen

Do 17.2. | 18 Uhr "NS-Zwangsarbeit vor

unserer Haustür" Digitale Veranstaltung.

Via Zoom: https://us02web.zoom. us/j/89852548216



(Bitte über Eintritts und Zugangsbedingungen wg. Corona bei den Veranstaltern informieren)

Di 8.2. 19 Uhr Musik im Club: Zum Beispiel das Gras – der "grüne" Brecht. Gina Pietsch & Fabio Costa in Gesprächen über Bäume, Bäche und Buckow, und in Gesängen über Geier, Gummi und Gänse. KulturDi 15.2. 19 Uhr Lesung im Club: Berlin. Literarisch. Anknüpfend an das letztjährige Jubiläum "100 Jahre Groß-Berlin" nimmt die seit über 30 Jahren bestehende Autorengruppe LiT (Literatur in Tempelhof) das Thema zum Anlass, über die Entwicklung der Stadt und ihrer Bewohner zu reflektieren. Kulturbund Treptow. Ernststraße 14/16

bund Treptow, Ernststraße 14/16

Ja 19.2. und So 20.2. jeweils 11–14 und 15–18 Uhr. Vorlesefest. Das FEZ macht Lust aufs Lesen und auf schöne Bücher! Auf kleinen Lesebühnen, in offenen Spiel- und Kreativangeboten geht's ums Vorlesen, Mitlesen, Kennenlernen und Selbermachen.

So 20.2. | 17 Uhr Gundermanns Lieder in Europa – Das Konzert – Präsentiert von Heiner Kondschak. Christuskirche Oberschöneweide. Veranstalter: Stadttheater Köpenick.



Landesarbeitsgemeinschaften (per Videokonferenz)

9.2. | 19 Uhr LAG Netzpolitik 16.2. | 18 Uhr LAG Wissenschaftspolitik 17.2. | 18 Uhr LAG Klimagerechtigkeit

